

Deutsche Demographien 01.12.2010

BERLIN (Eigener Bericht) - Berliner Regierungsberater plädieren für eine gezielte Einflussnahme auf die Bevölkerungsentwicklung in der sogenannten Dritten Welt. Wolle man das Entstehen nicht erwünschter Migrationsbewegungen wirksam verhindern, dann tue man gut daran, Maßnahmen zur Familienplanung in den armen Ländern zu unterstützen; auf diese Weise könne ein unkontrolliertes Wachstum konfliktträchtiger Elendsmilieus bekämpft und die Emigration vermindert werden, heißt es in einem soeben publizierten Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Außerdem sei der Ausbau städtischer Infrastrukturen in Afrika, Lateinamerika und Asien zu fördern. Nur so lasse sich verhindern, dass die schnelle Bevölkerungszunahme in peripheren Großstädten neue Konflikte hervorrufe, die ihrerseits die dorthin ausgelagerten Wirtschaftsaktivitäten westlicher Firmen störten. Für die westlichen Wohlstandszentren schlagen die Autoren von der SWP gezielte Maßnahmen zur Familienförderung vor, um das Schrumpfen der einheimischen Bevölkerung aufzuhalten. Dies sei nötig, heißt es in der SWP-Analyse, um das Humanpotenzial der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten im weltweiten Konkurrenzkampf zu stärken.

Neue Weltmächte

Unter dem Titel "Die demographische Dreiteilung der Welt" hat die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vor kurzem eine Analyse der globalen Bevölkerungsentwicklung publiziert. Wie die Stiftung schreibt, wird die Weltbevölkerung laut Prognosen der Vereinten Nationen von derzeit 6,9 Milliarden Menschen auf 9,1 Milliarden im Jahr 2050 zunehmen. Dabei sei das Wachstum sehr ungleichmäßig verteilt. Während die Bevölkerung der westlichen Wohlstandszentren bei etwa 1,2 Milliarden Menschen stagnieren werde, werde sich die Bevölkerung der ärmsten Länder von rund 855 Millionen auf 1,7 Milliarden verdoppeln. Zugleich zeichne sich die reiche "erste Welt" durch Altern der Bevölkerung, die verarmte "dritte Welt" hingegen durch "starken Abwanderungsdruck" aus, während nur die Schwellenländer ("zweite Welt") "eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur und eine ausgeglichene Wanderungsbilanz" aufweisen könnten. Die "zweite Welt" könne daher, soweit es die Demographie betreffe, mit einem weiterem Erstarken rechnen. Gelingen es vor allem China und Indien, technologisch zur Weltspitze aufzuschließen und die Ausbildung ihrer Milliardenbevölkerungen zu optimieren, dann könnten sie "in absehbarer Frist das internationale System in ähnlicher Weise dominieren, wie dies die USA im 20. Jahrhundert und Großbritannien im 19. Jahrhundert getan haben", urteilt die SWP.[1]

Familienfreundlich

Schwierigkeiten sagen die Regierungsberater von der SWP hingegen den Wohlstandszentren im Westen voraus. Dort werde mit dem Altern der Bevölkerung der Anteil der Erwerbstätigen sinken, was sich höchst ungünstig auf die Wertschöpfung und auf die Staatsfinanzen auswirken könne. Zu erwarten sei zudem, dass "die gesundheitliche Entwicklung" der alternden Bevölkerung "steigende volkswirtschaftliche Kosten verursachen" werde. Die Folge sei beispielsweise auch "ein geringerer finanzieller Spielraum für das Militär". Hinzu komme, dass wegen der sinkenden Geburtenzahl das "Reservoir von Bewerbern für den Soldatenberuf weiter schrumpfen" werde. Dies beeinträchtige "auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit" der reichen Staaten. Diese müssten jetzt umsteuern. Ein allzu starkes Altern der Bevölkerung lasse sich nur durch mehr Geburten verhindern. Nötig sei deswegen "eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse", zudem "eine verlässliche frühkindliche Betreuung" sowie "eine langfristige und substantielle Förderung von Familien".

Entlastendes Flüchtlingsregime

Zu einer Einflussnahme auf die Bevölkerungsentwicklung rät die SWP auch mit Blick auf die Staaten der "dritten Welt". Hintergrund ist eine befürchtete Zunahme unerwünschter Migration. So heißt es bei der SWP, die Wohlstandsländer des Westens hätten "ein besonders großes Interesse an einem funktionsfähigen internationalen Flüchtlingsregime": Dieses Interesse beruhe auch darauf, "dass bislang der weit überwiegende Teil der Vertriebenen und Flüchtlinge von den weniger und am wenigsten entwickelten Staaten aufgenommen wird, was die Industriestaaten bei der Flüchtlingsaufnahme entlastet". Zusätzlich jedoch

müssten die Ursachen unerwünschter Migration in Augenschein genommen werden, denn diese könne unter Umständen "zur Destabilisierung von Ländern oder Regionen führen, deren Stabilität im Sicherheitsinteresse der Industriestaaten liegt". Zwar seien die Staaten der "ersten Welt" wegen ihrer stark alternden Bevölkerung auf die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen. Dies unterscheide sich jedoch deutlich von einer unerwünschten Aufnahme unkontrollierbarer Flüchtlingsbewegungen.

Familienplanung

Insgesamt rät die SWP dazu, in den peripheren Armutsländern "Maßnahmen der Familienplanung" zu unterstützen. Hintergrund ist die Annahme, eine hohe Geburtenrate führe zu einer zahlenstarken jungen Generation ("youth bulge"), die wiederum in armen, von Arbeitslosigkeit geprägten Staaten ein "Indikator für ein erhöhtes Konfliktpotential" sei.[2] Mit einer großen Anzahl junger Menschen mehrten sich dort "die Risiken gewalttätiger Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen oder gesellschaftlichen Status", schreibt die SWP. Daran anknüpfend vermerkt die Analyse, "dass die finanziellen Beiträge der westlichen Industrieländer zur Förderung der Familienplanung" in den Ländern der "dritten Welt" "in den vergangenen 15 Jahren nicht zu-, sondern abgenommen haben". "Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit" sollten die Wohlstandsstaaten solche Maßnahmen in Zukunft "beträchtlich ausweiten". Die SWP berichtet, dass "eine längere Sekundarschulbildung" die Möglichkeiten von Frauen verbessert, "über die Zahl ihrer Kinder mitzubestimmen". Dies habe häufig eine Senkung der Kinderzahl zur Folge. "Generell sollten demographische Faktoren", urteilt die Stiftung, "in der Entwicklungszusammenarbeit stärker beachtet" werden.

Globale Arbeitsteilung

Besonderes Augenmerk legt die SWP schließlich auf Großstädte der "dritten Welt". Hintergrund ist das gewöhnlich unkontrollierte Wachstum vieler Metropolen, in denen immer mehr vernachlässigte Armutsviertel entstehen. Vor allem in mittellosen Staaten sei dies eine ernste Gefahr: Der Mangel an Lebenschancen, an dem die Bewohner solcher Armutsviertel litten, werde "die Entstehung neuer Verteilungskonflikte fördern und die Sicherheitslage tendenziell verschlechtern". "Radikalisierung und Gewalt" könnten "um sich greifen". Die SWP spricht sich für eine "materielle und inhaltliche Unterstützung zum Aufbau von Verwaltungs- und Infrastrukturen" aus, um den Tendenzen zu einer solchen Radikalisierung entgegenzuwirken. Dabei geht es nicht zuletzt darum, in Billiglohnländer ausgelagerte wirtschaftliche Aktivitäten westlicher Firmen abzusichern. Schließlich seien "auch Aspekte der internationalen Sicherheit berührt, wenn Wohlstand und Stabilität deshalb leiden, weil der betreffende Ballungsraum aufgrund unbewältigter Konflikte seine wirtschaftliche Rolle in der globalen Arbeitsteilung nicht mehr erfüllen kann".

[1] Zitate hier und im Folgenden: Steffen Angenendt, Wenke Apt: Die demographische Dreiteilung der Welt. Trends und sicherheitspolitische Herausforderungen; SWP-Studie S28, November 2010
[2] s. dazu [Weltmacht-Theorie](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com